

# Klimawandel, Geopolitik und »imperiale Lebensweise«

Das Scheitern von »Kopenhagen« und die strukturelle Überforderung internationaler Umweltpolitik

Markus Wissen<sup>1</sup>

Dass die 15. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change – UNFCCC), die im Dezember 2009 in Kopenhagen stattfand, gescheitert ist, ist mittlerweile ein Gemeinplatz. Das gilt zumindest aus der Sicht jener TeilnehmerInnen, BeobachterInnen, WissenschaftlerInnen und NGO-AktivistInnen, die sich von diesem Ereignis, wenn auch nicht unbedingt ein fertiges Nachfolge-Abkommen für das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll der UNFCCC, so doch klare Vorgaben für dessen Aushandlung versprochen hatten. Zwar wurde vereinzelt auch von dieser Seite noch versucht, dem »Klimagipfel« etwas Positives abzugewinnen – UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon etwa meinte, es sei »ein Anfang, ein wichtiger Anfang«, und dem Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, Hans Joachim Schellnhuber, zufolge ist »Objektiv (...) noch nichts verloren« –, bei den meisten überwog jedoch eine gewisse Fassungslosigkeit über die Unfähigkeit der PolitikerInnen, sich angesichts der unabwendbaren Bedrohung durch den Klimawandel endlich auf die nötigen Maßnahmen zu verständigen. »Kopenhagen ist zum Symbol für Politikerversagen geworden,« brachte Martin Kaiser von Greenpeace Deutschland diese Stimmung auf den Punkt.<sup>2</sup>

So nachvollziehbar die Enttäuschung über das Scheitern des Klimagipfels auch ist, so wenig überzeugend sind viele der (medialen) Versuche, dieses zu erklären. Weder die Rede vom »Politikerversagen« noch spieltheoretische Erklärungen, wonach sich die teilnehmenden Staaten für die – individuell rationalere – Strategie der Verfolgung nationaler Egoismen entschieden hätten,<sup>3</sup> werden dem gerecht, was sich in und um Kopenhagen ereignet hat. Weiterführend ist dagegen der Hinweis auf den Zusammenhang von Geo- und Klimapolitik, der sich in verschiedenen Kommentaren findet.<sup>4</sup> Demnach ging es in Kopenhagen nicht nur (oder noch nicht einmal in erster Linie) um das Klima, sondern um Nord-Süd-Fragen, genauer: um »eine hegemoniale Neuaufteilung der Welt« (Nick Reimer), die sich über die (Neu-)Verteilung von Emissionsrechten und die damit verbundenen Veränderungen der globalen Wettbewerbsbedingungen vollzieht.

Hieran will ich im Folgenden anknüpfen. Die Frage, der ich nachgehe, ist, warum es auf internationalen umweltpolitischen Terrains wie der Klimarahmenkonvention und ihrem Kyoto-Protokoll schwierig bis unmöglich ist, den Klimawandel an seinen Ursachen anzugehen und welche politischen Konsequenzen daraus zu ziehen wären. Ich gehe davon aus, dass sich das Scheitern von »Kopenhagen«, die Konflikte um Emissionsreduktionen und die Perspektiven globaler Klimapolitik nur dann angemessen begreifen lassen, wenn die den globalen umweltpolitischen Regelwerken zugrunde liegenden sozial-ökologischen, ökonomischen und geopolitischen Verhältnisse in den Blick genommen werden. Dies tue ich mit Hilfe von Ulrich Brands

Begriff der »imperialen Lebensweise« des globalen Nordens (siehe Brand 2009, 99). Der Begriff bezeichnet die Hegemonie von global nicht verallgemeinerbaren »fossilistischen«, also auf der Verbrennung von fossilen Energieträgern beruhenden, Produktions- und Konsummustern (Auto-Mobilität, Nutzung vieler elektronischer Geräte im Alltag, hoher Fleischkonsum, Billigflüge etc.) sowie die Externalisierung der sozial-ökologischen Kosten, die diese verursachen. Die imperiale Lebensweise liegt den im Folgenden näher zu untersuchenden Widersprüchen internationaler Umweltpolitik zugrunde. Ihre mit dem ökonomischen und politischen Bedeutungsgewinn der großen Schwellenländer sich abzeichnende Verallgemeinerung spitzt, so meine zentrale These, diese Widersprüche zu – mit dem Resultat einer gleichzeitigen Aufwertung und strukturellen Überforderung internationaler umweltpolitischer Staatsapparate.

### »Kyoto« – zahnloser Tiger im Kampf gegen die imperiale Lebensweise

Internationale Umweltpolitik ist generell vor dem Hintergrund der ökologischen Widersprüchlichkeit des Kapitalismus zu sehen, die hier kurz skizziert werden soll. Der Zweck kapitalistischer Produktion besteht nicht in der Herstellung von Gebrauchswerten, sondern in der Produktion und Realisierung von Mehrwert (was als Wertgesetz bezeichnet wird). Die Gebrauchswerte von Waren sind für das Kapital nur insofern interessant, als Waren ein bestimmtes Bedürfnis befriedigen müssen, damit sie nachgefragt werden und der in ihnen vergegenständlichte Mehrwert realisiert werden kann. Aus diesem Grund steht die kapitalistische Produktionsweise in einem höchst widersprüchlichen Verhältnis zu den besonderen Qualitäten von Natur: Sie transformiert Natur in einem Ausmaß und mit einem Entwicklungsgrad der Produktivkräfte wie keine andere Produktionsweise vor ihr, ist mithin unter stofflichen Gesichtspunkten hochgradig abhängig von Natur und macht sich deren besondere Qualitäten zunutze, um immer neue Bedürfnisse zu kreieren sowie Produkte und Technologien zu ihrer Befriedigung zu entwickeln. Gleichzeitig, und insofern sie dem Wertgesetz folgt, abstrahiert sie von diesen Abhängigkeiten, ist also gleichgültig gegenüber den raum-zeitlichen Besonderheiten von Natur. Mithin untergräbt die kapitalistische Produktion als Verwertungsprozess genau jene sozial-ökologischen Voraussetzungen, auf die sie als Arbeitsprozess angewiesen ist (vgl. Altvater 1987, 100ff.; Exner u. a. 2008). Das ist eine Konstante kapitalistischer Vergesellschaftung, die sich jedoch in raum-zeitlich unterschiedlichen Konstellationen manifestiert. So ist die ökologische Problematik in den expandierenden Industriestädten des 19. Jahrhunderts eine andere als die in ländlichen Regionen des 21. Jahrhunderts, in denen sich genetisch manipuliertes Saatgut unkontrolliert verbreitet.

Die skizzierte Widersprüchlichkeit manifestiert sich in ökologischen Krisen, die ebenso wie ökonomische Krisen in irgendeiner Form bearbeitet werden müssen, um die Grenzen kapitalistischer Vergesellschaftung hinauszuschieben, d. h. um eine Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften trotz ihrer immanenten Widersprüchlichkeit zu gewährleisten. David Harvey (1999/1982) hat die Bearbeitung ökonomischer (Überakkumulations-)Krisen mit dem Konzept des *spatial fix* erklärt. Demnach wird Kapital, das an einem bestimmten Ort keine rentablen Verwertungsbedingungen mehr vorfindet, an andere Orte verlagert, wo diese Bedingungen aufgrund niedrigerer Löhne, anders qualifizierter Arbeitskräfte, einer besseren Forschungs- und

Entwicklungsinfrastruktur, einer höheren Umweltqualität, besserer Angebots- und Nachfragebedingungen oder einer bestimmten staatlichen Politik vorhanden beziehungsweise im Entstehen begriffen sind. Die alten Standorte werden entsprechend außer Wert, die neuen in Wert gesetzt. Das ist ein höchst zerstörerischer Prozess, genauer: ein Prozess der »schöpferischen Zerstörung« (Schumpeter 1993/1946, 137), der in den außer Wert gesetzten Regionen zu Arbeitslosigkeit und in den neu in Wert gesetzten nicht selten zu Überausbeutung der ArbeiterInnen führt. Er sagt nichts über die Funktionsfähigkeit des entwerteten Kapitals beziehungsweise über seinen (fortdauernden) gesellschaftlichen Gebrauchswert aus. Das Kriterium der Entwertung ist einzig die sinkende Kapitalrentabilität (Profitrate) (ausführlicher hierzu: Wissen/Naumann 2008).

Ein Kerngedanke des *spatial-fix*-Konzepts ist, dass die – immer nur temporäre – Überwindung von Überakkumulationskrisen eine ungleiche räumliche Entwicklung voraussetzt und gleichzeitig hervorbringt. Diese Überlegung ist auch im Hinblick auf die *ökologischen* Widersprüche des Kapitalismus, die in der imperialen Lebensweise angelegten Spannungen und die Schwierigkeiten ihrer umweltpolitischen Bearbeitung zentral. Denn für deren Verständnis müssen die räumlich ungleich verteilten Möglichkeiten zur Nutzung der Ressourcen und Senken der Erde betrachtet werden, wie sie durch globale Machtasymmetrien hervorgebracht werden.

Die den Kern der imperialen Lebensweise bildenden fossilistischen Produktions- und Konsummuster beinhalten einen im weltweiten Maßstab überdurchschnittlichen Verbrauch von Erdöl, Kohle und Erdgas seitens des globalen Nordens. Sie setzen ferner den durch eine machtförmige Welthandelsordnung, durch eben solche bilaterale Abkommen und durch militärische Gewalt gesicherten Zugang zu fossilen Energieträgern voraus, die sich zum großen Teil im globalen Süden befinden (wozu heute auch viele Länder der ehemaligen Zweiten Welt zu zählen sind). Im Kontext von Klimapolitik noch zentraler ist, dass die imperiale Lebensweise auf der Möglichkeit beruht, die ökologischen Kosten, die die Verbrennung fossiler Energieträger verursacht, externalisieren zu können. Faktisch handelt es sich hierbei um eine lange Zeit exklusive Inanspruchnahme von Senken, also jener Ökosysteme, die in der Lage sind, CO<sub>2</sub> zu absorbieren (neben der Atmosphäre sind das Wälder und Ozeane), durch den globalen Norden. In Anlehnung an Harvey ließe sich dies als »spatio-ecological fix« bezeichnen, also als eine Form der Bearbeitung der ökologischen Widersprüchlichkeit des Kapitalismus, die ungleiche Entwicklung und damit die ungleiche Nutzung der globalen Senken voraussetzt. Wie ich unten noch näher ausführe, setzt sich dieses scheinbar normale und damit alternativlose fossilistische Entwicklungsmodell nun zunehmend auch in den großen Schwellenländern durch und akzentuiert dadurch die ökologischen Widersprüche des Kapitalismus.

Die Nutzung von CO<sub>2</sub>-Senken war lange Zeit rechtlich nicht geregelt. Erst als sich infolge von naturwissenschaftlichen Erkenntnissen seit den 1980er Jahren der Verdacht eines anthropogenen Klimawandels zu erhärten begann und die Politisierung dieser Erkenntnisse in die UNFCCC<sup>5</sup> mündete, setzten Verhandlungen über die Reduzierung von Treibhausgasemissionen ein. Das 1997 unterzeichnete und 2005 in Kraft getretene Kyoto-Protokoll der UNFCCC ist das bisher wichtigste institutionelle Ergebnis dieses Prozesses. Es sieht eine Senkung der Treibhausgas-Emissionen des globalen Nordens um 5,2 Prozent (im Zeitraum 2008 bis 2012 gemessen an 1990) vor. Dies beinhaltet die Festlegung von Emissionsobergrenzen, die je nach

Land differieren, anders gesagt: die länderbezogene Zuteilung und damit gleichzeitig die Begrenzung von »Verschmutzungsrechten«. Im Kern stellt das Kyoto-Protokoll somit den Versuch dar, die bis dahin nicht regulierte Nutzung der globalen CO<sub>2</sub>-Senken zu verrechtlichen und dadurch zu begrenzen. Insofern es die Länder des globalen Südens von Reduktionsverpflichtungen ausnimmt, trägt es ferner dem in der UNFCCC verankerten Prinzip der »common but differentiated responsibility« Rechnung. Demnach haben die Länder des globalen Nordens, die für den größten Teil der vergangenen und gegenwärtigen Treibhausgas-Emissionen verantwortlich zeichnen, auch bei der Bekämpfung des Klimawandels die Hauptlast zu tragen. Dem globalen Süden, wo nach wie vor vergleichsweise wenige Treibhausgase pro Kopf emittiert werden, soll es dagegen möglich sein, seine Emissionen entwicklungsbedingt zu steigern.

Von seiner Grundidee (nicht jedoch von seiner konkreten Ausformulierung und schon gar nicht von seinen ernüchternden Ergebnissen) her stellt das Kyoto-Protokoll mithin einen manageriellen Angriff auf die imperiale Lebensweise dar. Denn diese beruht ja gerade darauf, dass der globale Norden die Senken der Erde ungehindert durch rechtliche Regelungen überproportional beanspruchen kann. Dem setzt das Kyoto-Protokoll insofern Schranken, als es den Industrieländern nur mehr eine bestimmte Verschmutzungsquote zubilligt. Es überrascht deshalb nicht, dass die USA, die bis vor kurzem der weltweit größte CO<sub>2</sub>-Emittent waren und es gemessen an den Pro-Kopf-Emissionen immer noch sind, das Kyoto-Protokoll niemals ratifiziert und sich nicht zu Emissionsreduktionen verpflichtet haben. Nicht zuletzt deshalb ist das Kyoto-Protokoll ein zahnlöser Tiger zur Bekämpfung des Klimawandels.

### **»Kopenhagen« – Aufwertung und strukturelle Überforderung internationaler Umweltpolitik**

Das Kyoto-Protokoll wurde in einer Zeit ausgehandelt, als die Dominanz des globalen Nordens gefestigter zu sein schien denn je. Der realsozialistische Osten hatte als Systemalternative zum Kapitalismus kurz zuvor abgedankt, und viele Länder des globalen Südens litten unter den Finanzkrisen der 1990er Jahre. Die Verhandlungen über ein Nachfolge-Abkommen zum Kyoto-Protokoll finden allerdings unter gründlich veränderten Bedingungen statt. Diese sind geprägt von geoökonomischen und -politischen Verschiebungen zugunsten der großen Schwellenländer (vor allem China, Indien und Brasilien), die die globalen Machtverhältnisse, wie sie der imperialen Lebensweise des globalen Nordens zugrunde liegen, erheblich dynamisiert haben und folglich auch nicht ohne Auswirkungen auf die internationale Umweltpolitik bleiben. Auch »Kopenhagen« fand im Kontext einer tiefen wirtschaftlichen Krise statt. Im Unterschied zu den Krisen der 1990er Jahre liegt deren Epizentrum, darauf weisen Dieter Boris und Stefan Schmalz (2009, 633) hin, aber nicht im globalen Süden, sondern in den USA, gefolgt von Europa und Japan. Die Schwellenländer sind von der Krise weit weniger betroffen und scheinen sich schneller zu erholen, so dass »sich die Gewichte in der Weltwirtschaft durch die Krise beschleunigt verschieben werden« (ibid., 636).

Auch wenn die aufstrebenden Länder selbst von krassen sozialen Ungleichheiten geprägt sind, verbreitern sich in ihnen Mittel- und Oberschichten, die den ressourcenintensiven Lebensstil der entsprechenden Schichten des globalen Nordens über-

nehmen. Zusammen mit diesen bilden sie eine »transnationale Verbraucherklasse«, die dem Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie (2008, 79ff.) zufolge bereits im Jahr 2000 1,7 Milliarden Menschen, mehr als ein Viertel der Weltbevölkerung, umfasste. Etwas mehr als die Hälfte dieser »Klasse« ist im globalen Norden beheimatet, aber allein auf China und Indien entfällt ein Anteil von 20 Prozent, der seit 2000 noch gestiegen sein dürfte. An diesen Zahlen zeigt sich, dass die geoökonomischen und -politischen Verschiebungen (trotz aller Unterschiede in den Konsumgewohnheiten etwa der chinesischen und der US-amerikanischen Mittelklasse) eine Tendenz zur Verallgemeinerung solcher Produktions- und Konsummuster beinhalten, die aus einer ökologischen Perspektive definitiv nicht verallgemeinerbar sind. Damit verschärft sich zum einen die Konkurrenz um die vorhandenen Ölreserven, mit dem Ergebnis, dass *peak oil* – der Höhepunkt der Ölförderung<sup>6</sup> – sich nähert oder sogar schon erreicht ist. Zum anderen nimmt die Konkurrenz um die Senken zu. Die ökologischen Kosten der imperialen Lebensweise des globalen Nordens lassen sich nicht länger dadurch externalisieren, dass der globale Süden seine »Verschmutzungsrechte« nicht in Anspruch nimmt und auf eine proportionale Nutzung der Senken verzichtet. Damit wird der bestehende »spatio-ecological fix« des Kapitalismus brüchig. Wirksamer als es das Kyoto-Protokoll je vermocht hätte, stellt die Entwicklung der großen Schwellenländer eben jene Voraussetzungen in Frage, die die imperiale Lebensweise des globalen Nordens bislang abgefedert haben.

Was sich hier andeutet, ist, dass sich geopolitische Verschiebungen zunehmend als ökologische Konflikte, als Auseinandersetzungen um Ressourcen und Senken, artikulieren. Dies begründet gleichzeitig einen Bedeutungsgewinn internationaler umweltpolitischer Staatsapparate und ihre strukturelle Überforderung. Genau hier sind denn auch die Ursachen für das Scheitern von »Kopenhagen« zu suchen. In diesem manifestiert sich die Schwierigkeit, die ökologischen Widersprüche, wie sie sich durch die geopolitischen und -ökonomischen Verschiebungen verschärft haben, im Rahmen der bestehenden Institutionen – UNFCCC und Kyoto-Protokoll – zu bearbeiten. Wie gesehen funktionierten diese von Beginn an mehr schlecht als recht, weil sie zumindest von ihrer Grundidee her mit der imperialen Lebensweise des globalen Nordens kollidierten und deshalb von dem zentralen Exponenten letzterer, den USA, nicht ernst genommen wurden. Nun, wo die tendenzielle Verallgemeinerung der imperialen Lebensweise in ökoimperialistischen Spannungen resultiert, sind die Rio-Institutionen erst recht überfordert. Es ist deshalb durchaus denkbar, dass der derzeitige klimapolitische Verhandlungszyklus endet, ohne dass ein Nachfolge-Abkommen für das Kyoto-Protokoll beschlossen wird. Das würde dann bedeuten, dass die Konkurrenz um die Senken rechtlich weitgehend unreguliert ausgetragen wird. Die Weltordnung würde dadurch gewaltförmiger. Die Gefahr nähme zu, dass der fossilistische Kapitalismus verstärkt mit militärischen und polizeilichen Mitteln, die vor allem zur Kontrolle der Bedingungen, unter denen Erdöl gefördert und verteilt wird, sowie zur Abwehr von »Klimaflüchtlings« eingesetzt würden, exklusiv zu stabilisieren versucht wird.

Denkbar ist wohl auch, dass auf einer der kommenden Vertragsstaatenkonferenzen der UNFCCC ein neues Abkommen beschlossen wird, in dem sich die Länder des globalen Nordens und die großen Schwellenländer verbindlich und nachprüfbar zu Emissionsreduktionen verpflichten. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass sie – analog zum Kyoto-Protokoll – dieser Verpflichtung dann primär mit marktförmigen

und technischen Mitteln nachkämen. Allerdings würde auch ein neues Abkommen die ökoimperialistischen Spannungen allenfalls zeitweise austarieren, sofern die fossilistischen Produktions- und Konsummuster und die imperiale Lebensweise, deren Kern sie bilden, unangetastet blieben. Und genau dies ist ja das Ziel etwa des »agrofuels project« (McMichael 2008), also des forcierten Anbaus von »Energiepflanzen«, mit dem Ziel, daraus Agrartreibstoffe herzustellen und die Erdöl-basierten Treibstoffe teilweise zu ersetzen: die Perpetuierung fossilistischer Konsummuster auf der Basis erneuerbarer Energien, wobei nicht unwahrscheinlich ist, dass die energieintensive Produktion und die damit verbundenen Landnutzungsänderungen mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen bewirken, als durch den Einsatz von Agrartreibstoffen eingespart werden (ibid., 14) (von Landvertreibungen und miserablen Arbeitsbedingungen einmal ganz abgesehen). Das Resultat wäre eine zeitliche Externalisierung ökologischer Kosten mit räumlich höchst ungleichen Verteilungswirkungen, die die Funktionsfähigkeit des Abkommens von vornherein infrage stellen würden.

### Die Notwendigkeit einer Kritik der politischen Form

Was bedeutet dies nun für eine solidarische »Klimapolitik«? – dazu abschließend drei Bemerkungen. *Erstens* gilt es deutlich zu machen, dass sich die herrschende Klimapolitik in einem unauflösbaren Widerspruch befindet. Ihr Ziel ist es, verbindliche Obergrenzen für Treibhausgas-Emissionen festzulegen, um den Klimawandel beherrschbar machen. Wie gesehen stellt sie damit von ihrer – in der konkreten Umsetzung gleichwohl bis zur Unkenntlichkeit verwässerten – Grundidee her eine zentrale Voraussetzung der imperialen Lebensweise infrage, nämlich die unregulierte Nutzung der globalen Senken. Gleichzeitig ist eben diese Lebensweise tief in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, im Alltagsverstand und in den Alltagspraktiken der Menschen des globalen Nordens sowie in der übergreifenden Orientierung an Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit verankert. Sie ist eingelassen in die staatlichen Apparate und prägt die Wahrnehmungs- und Handlungsmuster von PolitikerInnen. Wo diese um die Höhe von Emissionsreduktionen feilschen und stolz nach Hause kommen, wenn sie für »ihr« Land möglichst geringe Reduktionsverpflichtungen ausgehandelt haben,<sup>7</sup> wo sie mit Abwrackprämien die Nachfrage nach Autos anzukurbeln versuchen, wo sie die industrielle Landwirtschaft subventionieren oder Kohlekraftwerke und Gaspipelines bauen, verteidigen sie die der imperialen Lebensweise zugrunde liegenden Produktions- und Konsummuster. Dieser Widerspruch zwischen Verteidigung und impliziter Infragestellung der imperialen Lebensweise prägt die internationale Umweltpolitik und begründet ihre Wirkungslosigkeit. Er wird umso manifester, je mehr sich fossilistische Produktions- und Konsummuster auch in den großen Schwellenländern verbreiten. An der Zurückdrängung dieser Muster führt deshalb kein Weg vorbei. Die Kritik der imperialen Lebensweise und der sich verschärfenden ökoimperialistischen Spannungen bildet den Ausgangspunkt und den Kern einer Politik, die den Klimawandel an seinen Ursachen bekämpfen will.

Mein *zweiter* Punkt bezieht sich auf die managerielle Form, die die implizite Infragestellung der imperialen Lebensweise in der UNFCCC und ihrem Kyoto-Protokoll annimmt. Die Kritik der vorherrschenden Klimapolitik darf nicht bei einer Kritik der Inhalte (Wer verpflichtet sich zu welchen Emissionsreduktionen? Wer hält welche CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre noch für beherrschbar?) stehen blei-

ben. Stattdessen muss auch die *Form*, in der Klimapolitik vorrangig betrieben wird, infrage gestellt werden. Denn sie ist ein wesentlicher Teil des Problems, sie stabilisiert herrschaftsförmige soziale Verhältnisse, indem sie mit Abstraktionen arbeitet, die die vielerorts praktizierten Alternativen unsichtbar machen. Der Klimawandel wird als globales Problem repräsentiert, dessen Auswirkungen primär in der Zukunft spürbar sein werden. Die vielfältigen lokalen Krisen und Konflikte, die er bereits jetzt hervorruft beziehungsweise verschärft, werden dadurch ausgeblendet. Damit wird einem globalen beziehungsweise nationalen Ressourcenmanagement Vorschub geleistet (Goldman 1998), das den Klimawandel mit marktförmigen Instrumenten (kritisch hierzu: Brunnengräber 2009) sowie mit neuen Techniken und Produkten zu bekämpfen beansprucht. Schlimmstenfalls werden damit, wie das »agro-fuels project« und die mit ihm einher gehenden gewaltsamen Landvertreibungen zeigen, alternative Formen des Umgangs mit Natur in ihrer Existenz bedroht (vgl. Brand u. a. 2009; Charkiewicz 2009). Diese globalen, manageriellen Formen der Problembearbeitung sind auch ein Ergebnis der wissenschaftlichen Beschreibungen des Klimawandels:

*Die Abstraktion der Zahlen bezogen auf CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele sind (...) weit entfernt von den konkreten Lebensbedingungen der Menschen in Zeit und Raum. Wer kann sich schon etwas unter 400ppm CO<sub>2</sub>-Äquivalent vorstellen? Diese Abstraktion impliziert einen Herrschaftsgestus und bestätigt das Machtgefälle zwischen verschiedenen Wissenssystemen und realen Handlungspraxen (Bauhardt 2009, 395).*

Die Kritik der Form fragt also danach, was in den vorherrschenden Problembeschreibungen und »Lösungsstrategien« gerade nicht zur Disposition steht, was mithin unsichtbar gemacht wird und wie eben dadurch Herrschaftsverhältnisse gefestigt werden; sie politisiert die hegemoniale Sachzwangpolitik – die von Erik Swyngedouw (2009) so genannte »post-political condition« –, die die Herrschaft über Mensch und Natur normalisiert bzw. »naturalisiert« und dadurch der politischen Verfügbarkeit zu entziehen versucht; und eben dadurch macht die Kritik der Form die scheinbaren Sachzwänge im Verhältnis von Gesellschaft und Natur als gesellschaftlich produzierte und in ihrer Interessenförmigkeit greifbar.

*Drittens* und hierauf aufbauend kommt es darauf an, die durch die vorherrschende Politik zum Verschwinden gebrachten Alternativen sichtbar zu machen und weiter zu entwickeln. Das bedeutet letztlich, den Terminus »Klimapolitik« anders zu definieren. Das Feilschen um Emissionsreduktionsquoten auf internationalen umweltpolitischen Verhandlungsterrains ist bestenfalls eine höchst eingeschränkte Form von Klimapolitik. Sie steckt, wie gesehen, in einem Dilemma, das unter den existierenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen höchstens in ein globales Ressourcenmanagement auflösbar ist, das mehr Schaden als Nutzen stiftet. Klimapolitik, die ihren Namen verdient, bedeutet dagegen, diese Form von Politik infrage zu stellen und die Hegemonie fossilistischer Produktions- und Konsummuster zu brechen. Sie ereignet sich zum Beispiel dort, wo intelligente Systeme des öffentlichen Personen- und Güterverkehrs den Autoverkehr zurückdrängen, wo eine biodiverse kleinbäuerliche Landwirtschaft anstelle von CO<sub>2</sub>-intensiven agrarindustriellen Strukturen entsteht und gefördert wird oder wo die Erzeugung von Strom und Wärme auf der Basis erneuerbarer Energieträger dezentralisiert und demokratisiert wird. Es geht mithin darum, den »demokratischen Gehalt« (Swyngedouw 2004, 24) der gesellschaftlichen

Naturverhältnisse zu erhöhen, das heißt die Formen der Aneignung von Natur nicht länger von Kapitalinteressen und (in ihrer Summe imperialen) individuellen Konsumentscheidungen bestimmen zu lassen, sondern sie einer öffentlichen, am Kriterium globaler Gerechtigkeit orientierten Kontrolle zu unterwerfen.

## Literatur

- Altwater, Elmar (1987) Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung – der Fall Brasilien, Hamburg.
- Altwater, Elmar (2005) Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik, Münster.
- Bauhardt, Christine (2009) Ressourcenpolitik und Geschlechtergerechtigkeit. Probleme lokaler und globaler Governance am Beispiel Wasser; in: PROKLA 3/2009, 391-405.
- Boris, Dieter/ Schmalz, Stefan (2009) Eine Krise des Übergangs: Machtverschiebungen in der Weltwirtschaft; in: PROKLA 4/2009, 625-643.
- Brand, Ulrich (2009) Staatseuphorie ohne Strategie. Zur Lage der Linken im Postneoliberalismus; in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2009, 93-101.
- Brand, Ulrich/ Bullard, Nicola/ Lander, Edgardo/ Müller, Tazio (2009) Radical climate change politics in Copenhagen and beyond: From criticism to action?; in: critical currents 6/2009, 9-16 ([http://www.fuhem.es/media/ecosocial/File/Boletin%20ECOS/ECOS%20CDV/Boletin\\_9/Introduction.pdf](http://www.fuhem.es/media/ecosocial/File/Boletin%20ECOS/ECOS%20CDV/Boletin_9/Introduction.pdf)).
- Brunnenraber, Achim (2009) Prima Klima mit dem Markt? Der Handel mit dem Recht, die Luft zu verschmutzen; in: PROKLA 3/2009, 407-424.
- Charkiewicz, Ewa (2009) A feminist critique of the climate change discourse. From biopolitics to necropolitics?; in: critical currents 6/2009, 18-25. ([http://www.fuhem.es/media/ecosocial/File/Boletin%20ECOS/ECOS%20CDV/Boletin\\_9/Charkiewicz.pdf](http://www.fuhem.es/media/ecosocial/File/Boletin%20ECOS/ECOS%20CDV/Boletin_9/Charkiewicz.pdf)).
- Exner, Andreas/ Lauk, Christian/ Kulterer, Konstantin (2008) Die Grenzen des Kapitalismus. Wie wir am Wachstum scheitern, Wien.
- Goldman, Michael (1998) Allmacht und Allmende. Die »Commons«-Debatte und der Aufstieg der globalen Ressourcenmanger; in: Flitner, Michael/ Görg, Christoph / Heins, Volker (Hg) Konfliktfeld Natur. Biologische Ressourcen und globale Politik, Opladen, 87-118.
- Harvey, David (1999/1982) The Limits to Capital, London.
- McMichael, Philip (2008) Agro-fuels, food security, and the metabolic rift; in: Kurswechsel 3/2008, 14-22.
- Schumpeter, Joseph A. (1993/1946) Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen.
- Swyngedouw, Erik (2004) Social Power and the Urbanization of Water. Flows of Power, Oxford/New York.
- Swyngedouw, Erik (2009) Climate Change as Post-Political and Post-Democratic Populism. Papier für den Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, »Politik im Klimawandel. Keine Macht für gerechte Lösungen?«, Sektion Politische Ökonomie, 21. bis 25. September, Kiel.
- Wissen, Markus/ Naumann, Matthias (2008) Die Dialektik von räumlicher Angleichung und Differenzierung: Zum *uneven-development*-Konzept in der *radical geography*; in: ACME: An International E-Journal for Critical Geographies 3/2008, 377-407 (<http://www.acme-journal.org/vol7/Wissen.pdf>).
- Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (2008) Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Hg. von Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland und Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst, Frankfurt/M.

## Anmerkungen

- 1 Für hilfreiche Anmerkungen danke ich Uli Brand.
- 2 Alle Zitate stammen aus dem Artikel »Ein Symbol für Politikerversagen« von Nadine

Michel, in: »die tageszeitung« vom 21. 12. 2009 (<http://www.taz.de/1/zukunft/klimagipfel09/artikel/1/bundesregierung-warnt-vor-resignation/>).

- 3 Siehe den Artikel »Gefangene im Dilemma« von Toralf Staud, in: »der Freitag« vom 23. Dezember 2009 (<http://www.freitag.de/politik/0952-klima-gipfel-kopenhagen-usa-china-bilanz-staud>).
- 4 Siehe die Artikel »Die Neuaufteilung der Welt« von Nick Reimer, in: »der Freitag« vom 10. 12. 2009 (<http://www.freitag.de/positionen/0950-die-neuaufteilung-der-welt>), sowie »Eine neue Weltordnung« von Alexandra Förderl-Schmid, in: »Der Standard« vom 05. 12. 2009 ([http://derstandard.at/1259281257791/Eine-neue-Weltordnung?\\_lexikaGroup=1](http://derstandard.at/1259281257791/Eine-neue-Weltordnung?_lexikaGroup=1)).
- 5 Die UNFCCC wurde 1992 auf der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro verabschiedet und trat 1994 in Kraft.
- 6 Vor diesem Höhepunkt übertrifft das Volumen der jährlich neu entdeckten, noch nicht gefördert Erdölreserven die jährliche Förderung. Nach peak oil dreht sich dieses Verhältnis um: Der jährliche Zuwachs an neuen Erdölreserven ist geringer als die jährliche Erdölförderung (vgl. Altwater 2005, 151ff.)
- 7 Siehe hierzu etwa das Interview mit dem ehemaligen österreichischen Umweltminister Martin Bartenstein im »Standard« vom 25. 11. 2009. Darin sagt dieser: »Nun, die EU als ganzes hat sich im Rahmen der Kioto-Verhandlungen auf ein achtprozentiges Reduktionsziel verpflichtet. Als es damals darum ging, diese Verpflichtung im Rahmen des EU-Burden-Sharing aufzuteilen, bin ich nach Brüssel gefahren. Im Marschgepäck hatte ich noch ambitioniertere Verpflichtungen, auf die sich Parlament und Regierung festgelegt hatten, nämlich 20 bis 25 Prozent! Das hat man in Brüssel natürlich gewusst, und ich hatte alle Hände voll zu tun, dass wir mit nur minus 13 Prozent aussteigen.«